

Frank Jost

# Digitalisierung als Treiber in der Stadtentwicklung

Bericht vom vhw-Verbandstag 2021 am 7. Oktober in Berlin

Nachdem im Jahr 2020 der traditionelle Verbandstag des vhw coronabedingt abgesagt werden musste und das Fortbildungsprogramm in Onlineformaten durchgeführt wurde, konnte in diesem Jahr nach langer Zeit wieder eine Präsenzveranstaltung mit rund 150 Teilnehmenden durchgeführt werden. Der Verband hat sich zum 75. Geburtstag ein Thema ausgesucht, das – insbesondere vor dem Hintergrund von Homeofficemöglichkeiten und Onlineveranstaltungen – aktueller nicht sein könnte: Inwiefern beeinflussen neue Digitalisierungspotenziale und -strategien Stadtgesellschaft und Stadtentwicklung? Die Hauptstadtrepräsentanz der Deutschen Telekom als Veranstaltungsort war dem Anlass des 75-jährigen Verbandsjubiläums durchaus angemessen und bot gleichzeitig einen idealen Rahmen für das Thema „Digitalisierung“. Die Moderation übernahm Nadia Zaboura.

Dr. Peter Kurz, Oberbürgermeister der Stadt Mannheim und Verbandsratsvorsitzender des vhw, eröffnete den Verbandstag mit dem Hinweis auf die pandemiebedingten Einschränkungen beim vhw als Fortbildungsträger, die durchaus eine „Treiberfunktion“ in Richtung Digitalisierung durch die Schaffung von Onlinefortbildungsformaten hatten und noch haben. Dadurch konnten existentielle Probleme verhindert und gleichzeitig Modernisierungsmaßnahmen für die Zukunft durchgeführt werden. So blicke der Verband nun auf 75 Jahre Engagement in den Bereichen Wohnen und Stadtentwicklung zurück, die in den Zielsetzungen während dieser Zeit von der Propagierung des selbstgenutzten Wohneigentums bis zur Stärkung der lokalen Demokratie reichen.



Abb. 1: Dr. Peter Kurz eröffnet den vhw-Verbandstag 2021 in der Hauptstadtrepräsentanz der Deutschen Telekom in Berlin

## Von der Smart City zur digitalen Region

Prof. Dr. Jörg Müller-Lietzkow, Präsident der HafenCity Universität Hamburg sowie Professor für Ökonomie und Digitalisierung, beleuchtete den schillernden Begriff der

„Smart City“, der oft mit „Digitalisierung“ verbunden wird, und nutzte dazu drei Thesen:

- **These 1:** Die smarteste City sei nicht die digitalste, sondern diejenige, die es schaffe, gesetzte Ziele intelligent zu erfüllen und Anschlusspotenziale aufzubauen. Dazu müssten die Bürgerinnen und Bürger abgeholt und sowohl die Ziele als auch die Wege dorthin offen kommuniziert werden. In der Folge müssten bei der Implementierung von Digitalisierung die Menschen immer mitgenommen werden. Eine gute Personalauswahl sowie eine verlässliche Organisationsstruktur und Langfristigkeit (zehn bis fünfzehn Jahre) seien dabei unabdingbar – so würden aus digitalen Städten in der Folge smarte Städte.
- **These 2** zum Stichwort „Smart Region“: Smart Cities sind keine Solitäre, sondern sie sind erst wirksam, wenn sie nach innen und außen Netzwerkstrukturen ausbilden. Dies beziehe sich in erster Linie auf Schnittstellen mit Menschen und deren Kontakte. Technologien seien dabei so einzusetzen, dass sie auch funktioniert. Durch die Vernetzung einzelner smarterer Kommunen untereinander sowie den Ersatz konkurrierender Projekte durch sich ergänzende und übertragbare Projekte könne so eine smarte Region entstehen.
- **These 3:** Smart Cities benötigen eine entsprechende digitale Infrastruktur, die über die Bereitstellung von Glasfaseranschlüssen hinausgeht. Damit sind etwa Leitungen und technische Infrastruktureinrichtungen in Gebäuden gemeint, die das Betreiben von Steuerungssystemen erlauben. In Deutschland sei das Wissen über Technologie in den letzten Jahren vernachlässigt worden, so Müller-Lietzkow. Darüber hinaus gehe es am Ende auch um die Bereitstellung von Daten („Daten sind das Destillat“).

Wichtig sei das Know-how, weshalb die Digitalssysteme für die richtigen Gruppen beherrschbar sein sollten. Vor diesem

Hintergrund wies er auch auf die Problematik der Datenbereitstellung für falsche Gruppierungen hin, insbesondere, wenn es um vulnerable Systeme (etwa Kraftwerke) gehe. Technologische oder digitale Souveränität stehe deshalb auf der individuellen Ebene im Mittelpunkt, wenn wir smarte Städte von morgen bauen wollen. In der Kombination mit Plattform-, Entscheidungs-, Infrastruktur- und Datensouveränität auf der organisationalen Ebene könne man in Deutschland die Lücke schließen, die wir zur Digitalisierung brauchen.



Abb. 2: Prof. Dr. Jörg Müller-Lietzkow, Präsident der HafenCity Universität Hamburg

## Stadtentwicklung und digitaler Wandel

Zum Themenfeld „Stadtentwicklung und digitaler Wandel“ diskutierten in der Folge drei Inputgebende aus den verschiedenen Perspektiven „Wirtschaft und Wissenschaft“, „Kommunen und Smart City“ sowie „Zivilgesellschaft und transparente Stadt“. Einleitend unterstrich **Dr. Alanus von Radecki** vom Daten-Kompetenzzentrum für Städte und Regionen (DKSR) in Berlin das Digitalisierungspotenzial für die Stadtentwicklung in den Kommunen. So sei schon heute nachweisbar, dass durch Digitalisierung – etwa im Verkehrssektor – erhebliche Einsparungen bei den Pendlerzeiten erreicht werden können, dass zum Beispiel auch der CO<sub>2</sub>-Ausstoß und der Wasserbrauch positiv beeinflusst werden können. Darüber hinaus habe sich die digitale Unterstützung auch in der Pandemiebekämpfung bewährt, und digitale Beteiligungsformate steigern die Identifikation der Bürger mit ihren Kommunen. Im Kern gehe es um drei Bereiche:

- **Ressourceneffizienz:** Indem wir Informationen und Daten miteinander teilen, können wir Ressourcen effizienter nutzen (Beispiel: die Jelbi-App in Berlin).
- **Echtzeitsteuerung vernetzter Systeme:** Personen und Infrastrukturen miteinander vernetzen und gut steuern können (Beispiel: Speichersysteme zur Steuerung unterschiedlicher Energien für ein aktives Wärmemanagement in Gebäuden).

- **Evidenzbasierte Entscheidungen:** Entscheidungen verstärkt evidenzbasiert fällen und weniger etwa auf politischem Proporz basierend (Beispiel: Klimaschutzmonitor in der Stadt Bad Hersfeld).

**Diana Hoffmeister**, Digitalisierungsbeauftragte der Stadt Goslar, übernahm die kommunale Perspektive und unterstrich einleitend, dass in der Tat Daten den Schatz darstellen, der zu bergen sei. Dazu fehle in den kommunalen Verwaltungen jedoch oft die erforderliche Expertise. Trotzdem habe sich Goslar auf den Weg gemacht und wurde bezüglich Digitalisierung inzwischen regelrecht „wachgeküsst“. Eine Initiative aus Verwaltung, Wissenschaft und Unternehmen habe einen Prozess aus unterschiedlichen Blickwinkeln gestartet. So konnten sukzessive einige Digitalisierungsprojekte realisiert werden, etwa zum Hochwasserschutz, mit dem Ziel längerer Vorwarnzeiten für die Bürgerinnen und Bürger der Stadt. Ein weiteres Beispiel sei das „MachMitHaus“, ein leer stehendes Ladengeschäft zum Austausch der Bevölkerung – auch zum Thema Digitalisierung. Entscheidend für Kommunen sei indes, sich „auf den Weg zu machen“ und das Thema aktiv anzugehen.



Abb. 3: Nadia Zaboura im Gespräch mit Dr. Anna Becker, Diana Hoffmeister und Dr. Alanus von Radecki (v.l.n.r.)

**Dr. Anna Becker** vom vhw übernahm in dieser Runde die Perspektive der Zivilgesellschaft und unterstrich, dass der vhw in diesem Zusammenhang schon seit einiger Zeit die Rolle sogenannter „Intermediäre Stadtmacher“ untersuche, die mit konkreten Projekten – über Social Media – auf Politik und Verwaltung zugehen und mit diesen in einen aktiven Prozess eintreten. Digitale Plattformen, wie StartNext, eignen sich in diesem Zusammenhang etwa für Initiativen zum Crowdfunding. So würden Projekte angestoßen und auch realisiert, die es ohne diese Plattformen nicht gegeben hätte. Allerdings fehlte den zivilgesellschaftlichen Initiativen oft die Anbindung an die formellen Planungssysteme. Den Verwaltungen mangle es vor diesem Hintergrund oft an Erfahrungen des Umgangs mit diesen Initiativen aus der Stadtgesellschaft. Anna Becker formulierte in diesem Zusammenhang drei Botschaften:

- Digitalisierung der Zivilgesellschaft forciert neue Formen von Governance,
- Digitalisierung der Zivilgesellschaft braucht strukturelle Unterstützung,
- digitale Zivilgesellschaft gestaltet digitalen Wandel.



Abb. 4: Endlich wieder in Präsenz: vhw-Verbandstag 2021 in Berlin

In der anschließenden Paneldiskussion mit den Inputgebenden wurde deutlich, dass eine große Menge Mut, Nerven, Zeit und Offenheit für die Entwicklung und Umsetzung von Digitalisierungsstrategien erforderlich seien. Es gehe nicht darum, lediglich einen analogen Prozess ins Digitale zu überführen, sondern darum, dass man Dinge neu denken und Strukturen neu aufsetzen müsse. Euphorie und Erwartungshaltungen würden jedoch gebremst, wenn sich etwa durch Neuwahlen auch neue Vertreter im Stadtrat vorfinden, die wieder neu überzeugt werden müssen. In Beteiligungsverfahren könnten durch Digitalisierung neue Zielgruppen erschlossen werden, wobei jedoch immer hybride Verfahren (analog und digital) durchgeführt werden sollten, um möglichst breite Schichten einzubinden. In diesem Zusammenhang sollten Verwaltungen darauf achten, die durch die neuen digitalen Möglichkeiten erzeugten Erwartungen auch zu erfüllen, um Frustrationen unter den Bürgerinnen und Bürgern zu vermeiden.

## Neue Attraktivität für Suburbia und ländliche Räume?

Nach der Kaffeepause umriss **Prof. Dr. Stefan Siedentop** vom Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung in Dortmund das Dezentralisierungspotenzial von Digitalisierung vor dem Hintergrund der neuen Möglichkeiten, etwa von Homeoffice und Onlineshopping. Im Zentrum seines Vortrags stand die Bedeutung der Digitalisierung für die räumliche Entwicklung – insbesondere des ländlichen Raumes. Einleitend stellte er dar, wie sich die Kosten für die Raumüberwindung – physisch und von Daten – in den

letzten einhundert Jahren verringert haben. Gleichzeitig leben heute in Deutschland mehr Menschen in Großstädten als jemals zuvor – Tendenz weiter steigend.

Die rasante Entwicklung der Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) führe zu der Annahme, dass die Ausübung der Arbeit nicht mehr zwangsläufig an die physische Nähe in urbanen Räumen gebunden sei. Vor diesem Hintergrund werde die Stadt – so die Erwartung von Zukunftsforschern noch zu Beginn der 2000er Jahre – durch die Entwicklung im Bereich der Digitalisierung auf kurz oder lang überflüssig. Inzwischen stelle sich jedoch heraus, dass die fortschreitende Urbanisierung und die Durchdringung des wirtschaftlichen und kulturellen Lebens mit IKT auf das Engste miteinander verwoben seien. Auch in der digitalen Ära bleibe die persönliche Begegnung von Menschen eine Voraussetzung für einen „Wissens-Spillover“ – „Face-to-face“ habe deshalb weiterhin eine agglomerative Kraft.



Abb. 5: Prof. Dr. Stefan Siedentop vom Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung in Dortmund

Am Beispiel der Mobilität werde zudem deutlich, dass zwar auf der einen Seite durch Digitalisierung Wege eingespart werden – etwa geringeres Pendleraufkommen durch zunehmendes Homeoffice oder vermehrtes Onlineshopping – gleichzeitig aber in der „gewonnenen Zeit“ neue Wege entstehen können, etwa durch „Reboundeffekte“ mehr Freizeitmobilität oder die Inkaufnahme längerer Pendlerwege. Metropolen und Großstadtreionen seien zudem die Hotspots der digitalen Entwicklung, und das Internet habe eine eigene Räumlichkeit, was sich im Zugang zum Netz ausdrücke. So erstrecke sich der Ausbau des 5G-Netzes in der neuesten Generation in den urbanen Zentren und urbanen Korridoren, was sich auch in einem räumlich ungleichen Zugang zum Breitbandnetz ausdrücke. Zwar könne IKT keine dezentralisierende Wirkung abgesprochen werden, diese gehen jedoch mit weiter zentralisierenden Effekten Hand in Hand. Von den Dezentralisierungseffekten profitieren



in erster Linie gut erschlossene suburbane Standorte mit Führungsvorteilen zu urbanen Zentren.

Zu den raumtransformativen Potenzialen von Homeoffice fügte er an, dass die Möglichkeiten schließlich begrenzt seien. So sei etwa nur ein Drittel aller Arbeitsplätze homeoffice-tauglich. Die Mehrzahl der arbeitenden Bevölkerung könne deshalb gar nicht von zu Hause arbeiten. Zudem seien Innovationen an ein Mindestmaß an Miteinander und persönlichem Austausch gebunden, was auch die Grenzen des Homeoffice aufzeige. Großstädtische Arbeitsmärkte blieben vor diesem Hintergrund auch weiterhin attraktiv für den Großteil der Bevölkerung, weshalb es in den kommenden Jahren keinen signifikanten Trendbruch im Wanderungsverhalten geben werde. Allerdings sei das volle technologische Potenzial bei Weitem noch nicht ausgeschöpft, was tatsächlich belastbare Prognosen erschwere. Weitere raumstrukturelle Veränderungen durch IKT seien vor diesem Hintergrund in der Zukunft nicht ausgeschlossen.

## Kommunale Digitalisierungsstrategien

Die zweite Diskussionsrunde bestritt Nadia Zaboura mit **Ilona Benz** vom Gemeindetag Baden-Württemberg, **Diana Hoffmeister** von der Stadt Goslar und **Tobias Schulze**, Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses für Die Linke, zu den Herausforderungen von Digitalisierung für die kommunale Praxis. In der Tat könne in Goslar die Coronapandemie diesbezüglich als „Katalysator“ gesehen werden, so **Diana Hoffmeister**. So wurde etwa eine Onlineplattform „Open Rathaus“ mit zahlreichen digitalen Angeboten eingerichtet, die nach der Pandemie nicht nur erhalten, sondern auch ausgebaut werden soll. Trotzdem sei es ein Kraftakt, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter innerhalb der Verwaltung auf diesem Weg „mitzunehmen“. Dazu verfüge Goslar über eine Digitalisierungsstrategie, die die Strukturen und Prozesse darstellt.

„Digitallotsen“ haben eine „Scharnierfunktion“, so **Ilona Benz**. Das Programm wurde 2018 ins Leben gerufen und hat zum Ziel, insbesondere in kleineren Kommunen, in denen es noch keine Zuständigkeiten für Digitalisierung gibt, Personen für dieses Thema zu sensibilisieren. Diese sollen dann als „Multiplikatoren“ in ihren Verwaltungen wirken. Die Lotsen werden in dreitägigen Fortbildungen qualifiziert, in denen u. a. die Frage im Vordergrund steht, welche Chancen Digitalisierung für die Kommunen bietet. Inzwischen gebe es 600 qualifizierte Digitallotsen in Baden-Württemberg. Entscheidend für den Erfolg in den Kommunen sei jedoch die „Rückendeckung von oben“ – erfolgreich seien diejenigen Kommunen, in denen Digitalisierung „Chefsache“ geworden ist.

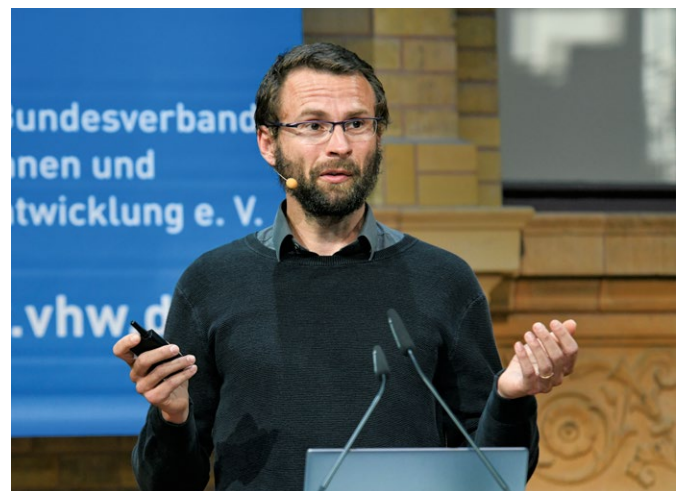


Abb. 7: Dr. Reinhard Messerschmidt von der Zukunft – Umwelt – Gesellschaft (ZUG) gGmbH

Zur Rolle der Start-up-Unternehmen bemerkte **Tobias Schulze**, dass diese gern mitarbeiten an der Verwaltungsdigitalisierung in Berlin. Jedoch stehe für Berlin inzwischen weniger das Unternehmensinteresse im Sinne von Wirt-



Abb. 6: Nadia Zaboura im Gespräch mit Diana Hoffmeister, Tobias Schulze und Ilona Benz (v.l.n.r.)

schaftsförderung, sondern das Gemeinwohlinteresse im Vordergrund. Entscheidend sei, dass die öffentliche Hand und demokratische Prozesse dabei die Steuerungshoheit haben müssen. Für das Zusammenbringen von Zivilgesellschaft und Verwaltung brauche es zudem Räume – man könne Zivilgesellschaft etwa nicht einfach in die Büroräume eines Bezirksamtes einladen. Dafür seien zum Beispiel unabhängige „Labs“ als Kreativräume geeignet, die inzwischen in vielen Städten existieren. Diese sollten öffentlich gefördert und als öffentliche Infrastruktur betrachtet werden.

### Wie können wir die Digitalisierung nachhaltig gestalten?

Diese Frage versuchte **Dr. Reinhard Messerschmidt**, ehemals wissenschaftlicher Referent in der WBGU Geschäftsstelle und aktuell tätig bei Zukunft – Umwelt - Gesellschaft (ZUG) gGmbH in Berlin, in seinem abschließenden Beitrag für die Teilnehmenden des Verbandstages zu beantworten. Dazu stützt er sich auf Ergebnisse eines Gutachtens des WBGU (Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen), in dem die ambivalenten und langfristigen Wirkungen der Digitalisierung auf alle Nachhaltigkeitsdimensionen dargestellt werden. Die Wege zur „digitalisierten Nachhaltigkeitsgesellschaft“ führen dabei über die drei Schwerpunkte der „nachhaltigen und ressourcenschonenden Gestaltung der Digitalisierung“, der „Gemeinwohlerorientierung“ sowie der „Stärkung des Welt- und Umweltbewusstseins“.

Nur wenn die Herausforderungen von Digitalisierung für Nachhaltigkeit bewältigt würden, ließen sich Potenziale freisetzen. Digitalisierung würde sonst zum Brandbeschleuniger von Wachstumsmustern, die planetarische Leitplanken überschritten. Zugleich müssten Chancen genutzt und Risiken eingehegt werden, wobei bei den Chancen die „Reboundeffekte“ berücksichtigt werden müssen. Es gebe keine einfachen Lösungen und Antworten, sondern

komplexere Fragen und Zielkonflikte. Nicht die Digitalisierung löse die Probleme, sondern die politische Gestaltung über sie hinaus.

Abschließend formulierte er in Anlehnung an Francesca Bria („The New Hanse“) drei Fragen:

- Wie sieht eine datengetriebene Demokratie im städtischen Kontext aus?
- Wie kann Stadtpolitik das Vertrauen ihrer Bürger wiedergewinnen, wenn es um Datensicherheit geht?
- Wie können Städte zu effektiveren Laboren einer demokratischen und nachhaltigen Zukunft werden?

### Potenziale der Digitalisierung an den richtigen Stellen verankern

**Prof. Dr. Jürgen Aring** beschloss den vhw-Verbandstag 2021 mit dem Hinweis darauf, dass in Hinblick auf Digitalisierung offenbar – auch von ihm selbst – noch sehr viel gelernt werden müsse. Die Veranstaltung habe aber klargemacht, dass zuerst Ziele definiert werden müssten, bevor die „Werkzeuge“ zum Einsatz kämen. Darüber hinaus müsse bei der Diskussion über „Treiber“ auch über „Bremsen“ bei der Digitalisierung in der Stadtentwicklung gesprochen werden. Die Potenziale der Digitalisierung müssten vor diesem Hintergrund insbesondere in den Führungsebenen erkannt werden, damit die Unterstützung und der erforderliche Rückenwind wirksam würden.

**Dr. Frank Jost**  
vhw e. V., Berlin



Abb. 8: Festbroschüre zum 75-jährigen Verbandsjubiläum des vhw

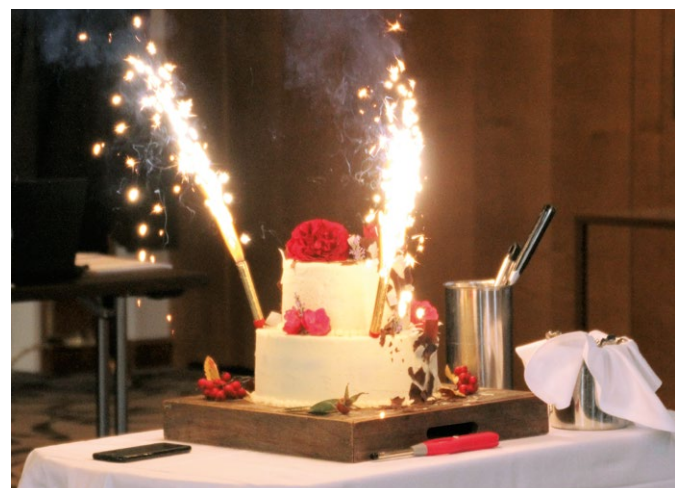


Abb. 9: 75 Jahre – happy Birthday, vhw!